

*Die Abnahme von Angst ist allemal ein Gewinn an Freiheit.*

*Walter Scheel*

## Bundesrepublik 1979

Als die Bundesbürger in den vergangenen Wochen der Verkündigung des Grundgesetzes im Mai 1949 gedachten, konnten sie das Empfinden haben, in einem wohlbestellten Haus zu leben. Die Bundesrepublik ist als Staat und als Gesellschaft kein Paradies herrschaftsfreier Zustände, wie manche politischen Zukunftsträumer es sich vorstellen. Aber sie ist ein wirtschaftlich, sozial und politisch stabiles, selbst am Durchschnitt westlicher Industriestaaten gemessen, ausgeglichenes Land.

Ihre *Wirtschaft* prosperiert, ihr sozialer Standard ist hoch. Internationale Krisen und strukturelle Veränderungen vermochten sie kaum zu erschüttern. Das soziale Leistungsvermögen ist intakt geblieben trotz teilweise schwieriger Beschäftigungslage und trotz des Anwachsens neuer Schichten von Benachteiligten und beginnenden Irritationen im Gefüge des Generationsvertrages. Die *Sozialpartnerschaft* bleibt trotz scharfer Töne im öffentlichen Streit über Mitbestimmung und die Legitimität bestimmter Kampfmittel in der Tarifauseinandersetzung eine tragende Säule des Interessenausgleichs und damit des inneren Friedens.

Es fehlt dem Staat nicht an *politischer* Zustimmung seiner Bürger, jedenfalls derer, die den Staat mit aufgebaut haben. Die Zustimmung zu den demokratischen Parteien ist an jedem Wahltag überwältigend. Minderheiten, die nicht nur nicht demokratisch denken, sondern auch demokratische Spielregeln nicht akzeptieren, die weder mit Parlamentarismus noch mit sozialer Marktwirtschaft etwas anfangen können, sind in der Bundesrepublik extreme Außenseiter. Ja nicht einmal Protestparteien hatten bisher eine reelle Chance.

Der erkennbar breiten Zustimmung von innen entspricht ein gewachsenes Gewicht nach außen: als Modell relativer Stabilität und Leistungsfähigkeit, als europäischer Faktor, als Partner im westlichen Bündnis und – seit dem Abschluß der Ostverträge – auch als ein Motor der Ost-West-Entspannung. Jedenfalls ist die Bundesrepublik nicht mehr nur Exponent westlicher Defensive, sondern ein *aktiver Friedensfaktor*. War lange die Rede vom wirtschaftlichen Riesen, der politisch ein Zwerg sei, so ist heute auch das politische Gewicht über das Maß ihrer wirklichen Größe hinaus gewachsen, und sei es auch nur wegen des

Ausfalls an westlicher Führungskraft anderswo. Da möchte man fast vergessen, daß die Bundesrepublik hervorgegangen ist aus der Katastrophe des Dritten Reiches, daß sie – jedenfalls in ihrer geographischen Umgrenzung – sich dem Willen der Alliierten verdankt, daß sie im Schatten des kalten Krieges groß geworden und bis heute nur „Teilstaat“ eines ideologisch und staatlich gespaltenen Landes ist.

### Sind Stabilität und Konsens nur Schein?

Man kann dagegen einwenden, das alles sei – gelinde gesagt – Schönfärberei, stimme nicht einmal mit dem Anschein politischer Wirklichkeit überein. Diese sei zumindest von der Gesellschaft her ganz anders. Natürlich gebe es eine hohe wirtschaftliche und soziale Leistungsfähigkeit, aber das Verhältnis Bürger und Staat unterliege beträchtlich vielen *Schwankungen und Friktionen*. Zumindest sei es mit dem fast allseitigen Konsens, der da suggeriert werde, nichts: Was bedeutet es schon, wenn 80 bis 90 Prozent der Wahlberechtigten jeweils zur Wahl gehen und 95 Prozent von ihnen demokratische Parteien wählen? Gibt es nicht Radikalisierungstendenzen genug: im vorparlamentarischen Raum, nach wie vor an den Universitäten, in den Parteien selbst, deren Führungsstrategien eben wegen des weitgehend nicht mehr gelingenden inneren Ausgleichs immer unbestimmter und undurchsichtiger werden? Hat denn nicht gerade die Bundesrepublik seit den späten sechziger Jahren in Gestalt der Neuen Linken eine breite und jedenfalls im öffentlichen Meinungsklima sehr wirksame neomarxistische Renaissance erlebt, die in ihren Zielen und Spielregeln antidemokratisch war? Zirkuliert nicht immer noch das Wort von der „anderen Republik“? Und haben wir nicht auch in der Bundesrepublik eben erst eine terroristische Welle hinter uns, die auf führende Vertreter des „Systems“, der Politik und der Wirtschaft zielte, um so den Staat selbst zu treffen? Schlagen sich Regierungen und Parteien nicht seit langem mit einem Radikalenproblem herum, dessen Folgen so oder so gefährlich für die bürgerlichen Grundfreiheiten werden? Und wie verhält es sich mit dem Vorwurf aus dem In- und Ausland,

die Bundesrepublik sei gerade im Umgang mit Marxisten und „Systemveränderern“ drauf und dran, zum Polizeistaat zu werden? Häufen sich nicht von überall, von seiten der Kirche natürlich besonders, die Klagen über den schwindenden Konsens in politischen und moralischen Grundlagen der Republik und ihrer gesellschaftlichen Institutionen? „Zukunft ohne Grundkonsens?“ fragte jüngst *Hans Maier* ebenfalls im Blick auf 30 Jahre Bundesrepublik (vgl. Rheinischer Merkur, 11. 5. 59). Gibt es nicht gar so etwas wie wachsende Staatsverdrossenheit, ein immer kühleres, distanzierteres Verhältnis wenigstens zur staatlichen Führung, aber auch zu den Verfassungsorganen? Spricht man nicht von einer zunehmenden Parteienverdrossenheit, vom Unbehagen an einer politischen Führung, die höchstens dem jeweils herrschenden Trend folgt, die ihre eigenen Ziele der Bevölkerung kaum noch vermitteln kann? Und erweist sich diese Führung nicht gerade bei der Lösung nationaler Zukunftsaufgaben – Kernenergie, Wachstumsbegrenzung, Umverteilung im sozialstaatlichen Bereich – als hilflos, sind nicht selbst grundlegende wirtschaftspolitische Entscheidungen beim Hochkommen eines neuen Trends oder angesichts des nächsten Wahltermins „politisch nicht mehr durchsetzbar“?

An solchen Schwächen fehlt es zweifellos nicht. Daß die Parteien Führungsprobleme nicht nur personeller Natur haben, sondern solche, die aus auseinanderdriftenden Interessenströmungen und ideologischen Blöcken kommen, liegt auf der Hand. Daß es Entfremdungserscheinungen zwischen Bürger und Staat gibt, die tiefer gehen als nur die Unzufriedenheit über diese oder jene ins persönliche oder lokale Bild nicht passende Entscheidung, wird niemand leugnen wollen. Daß eine Diskrepanz politischer Sichtweisen zwischen vielen Angehörigen der Generationen besteht, die den Staat mit aufgebaut haben, und denen, die ihn nur nach den heutigen Verhältnissen beurteilen und ihren Werdegang nicht kennen, wer möchte das schon bestreiten? Und daß der Konsens über die moralischen Grundlagen des staatlichen Zusammenlebens schmal ist, daß die Bedeutung der grundlegenden Institutionen und auch der staatsbürgerlichen Verhaltensweisen ganz unterschiedlich eingeschätzt wird – zwischen den Generationen und innerhalb ein und derselben Generation –, kann ebenfalls nicht bestritten werden.

Das alles mag also stehenbleiben. Aber wird dadurch wirklich das politische Leben *als Ganzes* geprägt? Werden hier nicht Oberflächenphänomene und Tagesstimmungen in der Hitze der tagespolitischen Auseinandersetzung zu Staatskrisensymptomen erhoben? Es sieht so aus, als ob da manche *Scheinkrise* hochgezüchtet würde. Nehmen wir das oft zitierte, weil relativ einfache Beispiel, die sog. *Polarisierung* zwischen den Parteien, die Radikalisierungstendenzen fördern und zugleich durch solche verursacht sein soll. Man muß nicht gleich der Meinung des Stuttgarter Oberbürgermeisters *Manfred Rommel* sein, die Meinungsunterschiede zwischen den Bundestagsparteien seien in Wirklichkeit geringfügig (vgl. Evangelische Kommentare, Mai 1979, S. 279). Zwischen den Parteien werden durchaus auch in tagespolitischen Fragen Gegensätze im

Grundsätzlichen sichtbar, ob es sich um wirtschafts- oder um rechtspolitische Fragen, um Steuern oder Subventionen oder um die Reform des elterlichen Sorgerechts handelt. Aber im Grunde sind Übereinstimmungen in den *staatstragenden* Grundfragen doch viel größer als die Gegensätze im politischen Tagesgeschäft und im Werben um die jeweiligen Wähler. Ganz abgesehen davon, daß die tatsächliche und aktuelle Machtverteilung: Koalitionskompromisse hier, föderatives Prinzip und Oppositionsmehrheit im Bundesrat dort, dazu das Gewicht der jeweils gegenpoligen Interessengruppen ohnehin zu einem Höchstmaß an Übereinkunft zwingen. Drohende Immobilität scheint da eher das Problem zu sein.

Ähnliches gilt für ein schwierigeres Beispiel: für den beklagten Verfall an *Grundkonsens*. Natürlich beginnen die Gegensätze schon bei der Verdolmetschung des Art. 1 GG über die Würde der Person, soweit sie Maßstab allen staatlichen Handelns ist. In der gestaltenden politischen Arbeit kommt es dann aber doch zu weitgehender Übereinstimmung auch im Grundsätzlichen. Und gibt es heute nicht einen viel breiter wirksamen Konsens (bei allen Gegensätzen in den Details) über die soziale Marktwirtschaft als Wirtschaftssystem, aber auch über die Notwendigkeit sozialstaatlicher Maßnahmen (wenn auch weniger vielleicht ihrer Begrenzung). Sowohl staats- wie wirtschaftspolitisch dürften Adenauer – Erhard und Schumacher sehr viel weiter auseinander gewesen sein als heute die meisten Politiker von Koalition und Opposition. Also ist Konsens über das Gemeinwesen auch gewachsen und nicht nur zugrunde gegangen. Und die Übereinstimmung in *moralischen Grundsatzfragen* der Politik? Die deutschen Bischöfe sind zwar in ihrer Erklärung zur Verabschiedung des Grundgesetzes von der Überzeugung ausgegangen (vgl. HK, Juli 1949, 437), der grundgesetzliche Schutz der Unversehrtheit des Lebens schließe das Leben des Ungeborenen ein. Aber die Verfassungsväter hatten den strafrechtlichen Schutz des Ungeborenen nicht ausdrücklich in die Verfassung geschrieben, weil sie sich darüber gerade nicht einig waren. Es geht also auch da vielfach weniger um Konsensverlust als um *Mehrheitsverschiebungen in der Konsensbildung*, wobei sich der tatsächliche Meinungsumschwung weniger in den Parlamenten als in den Medien, Wohnungen und Wirtsstuben vollzieht.

Und die Parole *Staatsverdrossenheit*? An ihr scheint mir überhaupt nichts Grundstürzendes zu sein, jedenfalls nicht in einem die Verhältnisse in der Bundesrepublik spezifisch betreffenden Sinne. Was als Staatsverdrossenheit ausgegeben wird, ist häufig: zu kurz gekommener eigener Standpunkt, Unbehagen an der Verwaltung, Verärgerung über die Flut unverständlicher Gesetze, über die Undurchsichtigkeit politischer und ökonomischer Zusammenhänge. Dies sind aber bestimmt keine spezifisch bundesrepublikanischen Gravamina.

### Die wirklichen Übel

Dennoch gibt es die wirklichen Übel dieser Republik, die Krisensymptome, die die Zukunftsperspektiven dieses

Staates in seiner demokratischen Konsistenz ungewiß machen. Sie haben teils mit dem Zustand spätindustrieller Kulturen insgesamt zu tun, teils handelt es sich um spezifisch bundesrepublikanische Eigenheiten.

Kennzeichnend für unseren Kulturzustand ist ein hohes *Pathos der Freiheit*. Im Gewinn oder Verlust der Freiheit, so wird gesagt, entscheidet sich nicht nur die Lebensfähigkeit demokratischer Gemeinwesen, sondern die Sinn-erfüllung des Menschen. Man äußert Ängste, den heranwachsenden Generationen könnte der Sinn für diesen Zusammenhang abhanden kommen. Man verweist auf die *Versuchbarkeit durch totalitäre Ideologien* oder durch Träume von totaler Herrschaftsfreiheit, was im Ergebnis dasselbe bewirke. Auch hier wird überzogen. Das östliche System, an das bei solcher Versuchbarkeit vor allem gedacht wird, ist nicht attraktiv. Die neomarxistische Welle der späten sechziger und frühen siebziger Jahre war nicht viel mehr als ein Epiphänomen einer sterbenden Ideologie. Alles, was sich darum herumrankte, auch im kirchlichen Raum mit oder ohne theologische Begleitmusik, hat keine Zukunft, kann vergessen werden.

Was aber die demokratische Zukunft und die Friedensordnung eines jeden Staates, einer jeden Gesellschaft wirklich gefährden kann, ist der *Mißbrauch der Freiheit als bloßes Konsumgut*. Zumal dieser Mißbrauch aus dem Glauben erfolgt, Freiheit sei unbegrenzt machbar, man brauche sich dieses Konsumgut nur zu „nehmen“. Da addieren sich dann privat und öffentlich die Egoismen, die Aggressionen, die man dann mit Frustrationsempfindungen über die Leistungsgesellschaft überdeckt. Politisch artikuliert sich das im politischen Eifer der Unpolitischen, die sich den größeren Zusammenhängen verweigern, die eindimensional den eigenen Lebensraum, das eigene Lebensgefühl mit den Anforderungen einer gesellschaftlich-staatlichen Freiheits- und Friedensordnung verwechseln. Interessant ist dabei: es wird mächtig über die Leistungsgesellschaft – in der Schule, in der beruflichen Konkurrenz – gejammert. Gleichzeitig aber bilden sich neue Hackordnungen und wird – eben aus einer einseitig subjektivistischen Freiheitshaltung heraus – der Wettbewerb in der Schule, im Beruf, schon unter Jugendlichen und zwischen Elternhäusern bis ins Extrem gesteigert, so daß Leistungsgesellschaft in negativem Sinne oft erst so entsteht.

Zum Mißbrauch der Freiheit als Konsumgut kommt erschwerend hinzu, daß sich *die Perspektiven in der „Herstellung“ von Freiheit* verschieben. Nicht der einzelne soll sie mehr durch gesellschaftliche Kooperation bewirken, erkämpfen und bewahren, vorwiegend soll sie vom Staat „gemacht“ werden. Er soll nicht nur Garant von politischer, sondern Lieferant persönlicher Freiheit, Erlöser aus mißratenen Lebenszusammenhängen sein. Es wurde in den letzten Jahren einiges meditiert und geschrieben über die Wandlung des „Vaters“ Obrigkeitsstaat zur „tausendbrüstigen Mutter“ (*Alexander Mitscherlich*). Dies ist nicht nur ein politischer Vorgang zwischen Bürger und Staat, hier wurden die Gewichte metaphysisch verschoben durch

die Umpolung der Hoffnungen auf letzte Erfüllung jenseits aller geschichtlichen Schicksale auf den dadurch ebenfalls tausendfach überforderten Staat. Wahrscheinlich wird dies *das* Problem sein, das demokratische Staaten zu lösen haben werden, das sie aber *ohne Aufhellung des Mißverständnisses durch tägliche Politik* nicht lösen können. Danach sieht es aber nicht aus. Eher zeichnet sich das Gegenteil ab: ein Schwund an politischer Führung, eine schleichende Abgabe der Führungskompetenz an die Demoskopen gerade auch in der Bundesrepublik – trotz des weiter herrschenden Wohlgefallens an „starken Männern“.

Das kann auf die Dauer nicht gutgehen, zumal das Problem verschärft wird durch *zunehmende Ängste vor unüberschaubar werdenden Kontrollsystemen*. Deswegen der manchmal fast kleinlich erscheinende Streit um die perfektionistischste Rechtsstaatslösung, die jeweils denkbar ist, auch wenn dadurch praktisch mögliche Lösungen (etwa im Bereich der öffentlichen Ordnung) vereitelt werden. Und neben die Angst vor dem Ausgeliefertsein an eine durch technische Apparate geschaffene Staatsomnipotenz bei gleichzeitiger Hoffnung auf eine hohe Lösungskompetenz des Staates nicht nur in Fragen der sozialen Ordnung, sondern auch des persönlichen Glücks tritt *die Furcht vor der Lebensbedrohung durch politische und technische Systeme* überhaupt: ein Schwund an Vertrauen zweifellos noch nicht bei Mehrheiten der Bevölkerung, aber bei lebhafter und größer werdenden Minderheiten. Da aber Vertrauen, gesellschaftlich gesehen, „Reduktion von Komplexität“ (*Niklas Luhmann*) ist, wird es als politische Tugend um so unerlässlicher, je komplexer die Lebensverhältnisse, je differenzierter die gegenseitigen Abhängigkeiten sind. Der Verlust an Vertrauen wird sich auf ein demokratisches System um so existenzgefährdender auswirken, je weniger die politischen Grundtugenden: Toleranz, die Fähigkeit zum Kompromiß, die Bereitschaft, mit der Meinung anderer zu leben, gesicherter Besitz eines Volkes sind. Die politische Kultur in der Bundesrepublik aber ist gekennzeichnet durch dogmatistische Grundströmungen und durch den Kampf um perfektionistische Lösungen, die das Mißtrauen in den politischen Kompromiß nur notdürftig verdecken: Man katapultiert die soziale Marktwirtschaft in den Verfassungsrang, anstatt sie als die praktikabelste Wirtschaftspolitik „nur“ politisch zu verfechten. (Nebenbei: österreichische Konservative denken da schon pragmatischer.) Man meint Verfassungsfeinde schlechterdings vom öffentlichen Dienst, also z. B. radikale Lehrer von öffentlichen Schulen, fernhalten zu müssen, obwohl eine effiziente Dienstaufsicht eigentlich ausreichen müßte, um sicherzustellen, daß in der Schule unterrichtet und nicht Ideologie getrieben wird. Man sieht den Rechtsstaat schon in die Brüche gehen, wenn sich auch nur diese oder jene polizeiliche Ordnungsmaßnahme oder Verfassungsschutzaktivität scheinbar oder wirklich am Rande der Legalität bewegt, als ob die Kontrolle durch öffentliche Meinungsträger, durch die Medien und die Parlamente das nicht justieren könnte. Ein

Klima der Toleranz, der Liberalität kommt so nur schwer zustande. Auf die Dauer kann auch das alles nicht gutgehen.

## Was können die Kirchen tun?

Wenn vorhin die Rede war von der Umpolung der Hoffnung vom jenseitigen Gott in den diesseitigen Staat als dem Problem moderner Demokratien, dann müßten sich dadurch die Kirchen vor allen anderen angesprochen fühlen. Ein politisches Klima mangelnden Vertrauens und unzulänglicher Toleranz müßte ebenfalls deren politischen Dienst herausfordern.

Wo der Staat durch pseudometaphysische Überforderung seiner Leistungsfähigkeit hilflos wird, müßten die Kirchen – und dem Staat ist, wie wir aus vielen Äußerungen führender Politiker hören, sehr daran gelegen – die Chance nutzen und in ihrer Verkündigung und praktischen Arbeit zeigen, daß eine solche Umpolung ohne totale Verfremdung des Menschen nicht geht, daß sich anthropologische Grundkonstanten – Religion ist eine solche – weder transplantieren noch ersetzen lassen. Der religiöse Impetus des Menschen könnte so eine Chance erhalten, und sei es zunächst auch nur durch die Erschütterung falscher Hoffnungen. In diesem Sinne könnten die Kirchen in der Bundesrepublik durchaus politisch wirken – zur Entlastung

des Staates und sozusagen als Hilfsunterricht in menschlicher Befreiung – aus selbstgewählter Verkümmern. Hilfsunterricht aber auch in Sachen politischer Toleranz? Das christliche Liebesgebot oder der biblische Satz, daß die Wahrheit in Liebe zu tun sei, müßte eigentlich ohne den Verdacht, nur erbaulich sein zu wollen, dazu prädestinieren. Aber die Kirchen sind da selbst vielfach in der Breddouille. Die evangelischen Kirchen waren in der Zeit politischer Gärung einer *hohen Trendanfälligkeit* ausgesetzt. Vielfach wurden sie selbst zu Spielfeldern von flottierenden Aggressionen. Sie haben aber in dieser Zeit gelernt, neu Abstand zu nehmen. In manchen Bereichen der evangelischen Kirchen – in manchen Gemeinden, in Akademien, auf Kirchentagen – wird Toleranz zwischen politisch gegensätzlichen Anschauungen aus einer neu gewonnenen menschlichen Tiefe exemplarisch praktiziert. Die katholische Kirche ist als ganze, als Kirche und organisiertes Kirchenvolk, noch *zu parteilich*, um Intoleranzen allseits zu dämpfen, um zwischen politischen Gegnern ausgleichend zu vermitteln und sie auf das jeweils Wesentliche zu bringen. Vielleicht hat aber auch sie, durch Aufmüpfung in der jungen Generation unter Begründungszwang gesetzt, dazugelernt. Die Qualität vieler Stellungnahmen zu politischen Fragen aus dem kirchlichen Raum spricht nicht dafür. Sollte es dennoch so sein, würde damit eine politische *und* eine religiöse Hoffnung erfüllt.

David A. Seeber

## Vorgänge

### Katholische Stellungnahmen zu Ehe und Familie

In der zweiten Maiwoche erschienen innerhalb von drei Tagen gleich zwei Papiere zu Ehe und Familie. Beide kamen aus dem katholischen Raum. Das erste – es handelt sich um eine Ausarbeitung der Kommission VI der Bischofskonferenz (Vorsitz Kardinal Höffner) – wurde am 10. Mai in Bonn durch Prof. Anton Rauscher und Prälat Joseph Homeyer der Öffentlichkeit vorgestellt. Das zweite – ein Entwurf der Kommission IV des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (Vorsitz Benno Erhard MdB) – wurde nach ausführlicher Diskussion auf der Vollversammlung des ZdK verabschiedet. Beide Papiere sind fast themengleich. In einzelnen Passagen gibt es nicht nur

Ähnlichkeiten bei der Schilderung von Tendenzen, sondern sogar Übereinstimmungen im Wortlaut. Übereinstimmend schildern beide Papiere Grundentwicklungen, die gesamtgesellschaftlich für Ehe und Familie heute kennzeichnend sind:

- ein sich verbreitender Trend zu eheähnlichen Verhältnissen oder zur Vereinbarung von Sexualbeziehungen ohne Gemeinschaftsleben,
- das Anwachsen der Zahl der Scheidungen (48874 im Jahre 1960, 108258 im Jahre 1976),
- der Rückgang an Geburten (von 1019459 im Jahre 1967 auf 582348 im Jahre 1977 bei weiter sinkender Tendenz) und Trend zur kinder-

losen Ehe oder kinderarmen (Einkind-)Familie,

- die zunehmende Gefährdung der Ehe als Institution durch Überindividualisierung der persönlichen Beziehungen.

Beide Papiere beschränken sich im wesentlichen auf die gesellschaftlichen Zusammenhänge, ihre anthropologische und politische Relevanz und auf die Familie als Aufgabe von Kirche, Staat und Gesellschaft, während theologische Fragen unter Verweis auf Konzils- und Synodendokumente weitgehend im Hintergrund bleiben.

### Sittengemälde im emotionalen Stil

Das umfangreiche Papier der Bischofskommission entwirft in großen